Falsche Behörden, echte Millionen

Das Geschäft mit der Angst: Betrug ist mehr als nur ein Anruf

Mit erfundenen Steuerschulden und offenen Zahlungen setzen Betrüger ihre Opfer unter Druck. Sie geben sich als Behördenvertreter aus und drohen bei ausbleibender Zahlung mit Verhaftung oder Abschiebung.

25. Oktober 2026 · Erman Köse

Im einen Fall Drohungen wegen Steuerschulden und Abschiebung; im anderen die Warnung vor einem Computervirus. Zwei Betrugsfälle, die von US-Behörden zu unterschiedlichen Zeiten öffentlich gemacht wurden, zeigen, wie aus den Ängsten von Menschen Kapital geschlagen wird. Zugleich offenbaren sie ein Netzwerk, das von Callcentern bis hin zu kommerziellen Dienstleistern reicht.

Die Stimme am Telefon gibt sich als Behördenvertreter aus: Es stünden Steuern aus, und wer nicht sofort zahle, dem drohe die Festnahme. In einem anderen Szenario blinkt auf dem Bildschirm eine Warnmeldung auf, das Gerät sei von Schadsoftware befallen; Betroffene sollen umgehend eine Hotline anrufen. Diese scheinbar grundverschiedenen Methoden folgen demselben Muster: Zunächst wird dem Gegenüber eingeredet, in akuter Gefahr zu schweben – anschließend wird Geld verlangt, um diese Gefahr abzuwenden.

Zwei unterschiedliche Fälle, die von US-Strafverfolgungsbehörden in den Jahren 2016 und 2026 publik gemacht wurden, beleuchten verschiedene Facetten dieses Mechanismus. Der erste betrifft ein internationales Callcenter-Netzwerk; der zweite Führungskräfte eines Unternehmens, die Betrügern wissentlich Dienstleistungen bereitstellten. Zusammengenommen verdeutlichen sie, warum es zu kurz greift, Telefonbetrug lediglich als das Werk einiger weniger rhetorisch geschickter Einzeltäter abzutun.

Staatliche Autorität als Mittel zur Einschüchterung

In einer am 27. Oktober 2016 bekannt gegebenen Anklageschrift wurden insgesamt 61 Personen und Organisationen im Zusammenhang mit einer internationalen Operation beschuldigt. Diese soll Zehntausende Menschen in den Vereinigten Staaten betrogen und Schäden in dreistelliger Millionenhöhe verursacht haben. Den Vorwürfen zufolge gaben sich Anrufer aus Callcentern im indischen Ahmedabad als US-Steuer- oder Einwanderungsbeamte aus. Die Opfer wurden unter Androhung von Festnahme, Haft oder Abschiebung zu Zahlungen genötigt. In den USA ansässige Komplizen schleusten die Gelder mutmaßlich über Prepaid-Karten und Geldtransfers weiter.

Der Fall verdeutlicht zudem, wie Betrügernetzwerke in Indien das enorme Reservoir an englischsprachigen Arbeitskräften und die dortige Callcenter-Expertise zweckentfremdeten – Ressourcen, die ansonsten einen florierenden, legalen Dienstleistungssektor tragen.

Ein in den Akten angeführter Fall betraf eine 85-jährige Frau, die um 12.300 US-Dollar gebracht wurde, nachdem man ihr wegen angeblicher Steuerschulden mit der Verhaftung gedroht hatte. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung handelte es sich um Anschuldigungen in einer Anklageschrift, nicht um rechtskräftige Feststellungen. Gleichwohl machte das geschilderte Vorgehen deutlich, wie systematisch Angst als Hebel eingesetzt werden kann.

In dieser Konstellation ahmt der Täter die staatliche Strafgewalt nach. Noch bevor Betroffene hinterfragen können, ob die Stimme am Hörer echt ist, versuchen sie, die vermeintliche Bedrohung abzuwenden. Eine Geldforderung, die unter normalen Umständen misstrauisch machen würde, erscheint unter hohem Druck plötzlich als Ausweg. Die Täuschung basiert nicht allein auf falschen Tatsachenbehauptungen, sondern vor allem darauf, dem Opfer die Zeit zum Nachdenken und Prüfen zu nehmen.

Eine erfundene Bedrohung und die passende Lösung zum Kauf

Die zweite Mitteilung vom 20. Mai 2026 legt dar, dass die ehemaligen Führungskräfte Adam Young und Harrison Gevirtz wissentlich Telefonnummern, Anrufweiterleitungen und Tracking--Dienste für Kunden bereitstellten, die im Bereich des technischen Support-Betrugs tätig waren. Beide bekannten sich der Nichtanzeige und Verschleierung einer schweren Straftat (misprision of a felony) schuldig. Der Mitteilung zufolge lockten die Betrüger Nutzer über gefälschte Bildschirmwarnungen in Callcenter, wo ihnen Hunderte von Dollar für unnötige oder schlicht nie erbrachte Dienstleistungen berechnet wurden.

Eine dem Gericht vorgelegte und von den Angeklagten eingeräumte Sachverhaltsdarstellung belegt, dass die Manager bestimmten Kunden dabei halfen, Beschwerden abzufedern, um

Kontosperrungen zu verhindern. Zudem sollen sie den Handel mit betrügerischem Telefonverkehr zwischen ihren Kunden vermittelt haben.

Hier wird weniger die Furcht vor Behörden ausgenutzt als vielmehr mangelndes technisches Verständnis. Verunsichert durch eine Warnmeldung auf dem Bildschirm wenden sich Hilfesuchende an genau jene Akteure, die sie hinters Licht führen wollen. Die Falle schnappt zu, weil Bedrohungsszenario und kostenpflichtige Problemlösung aus derselben kriminellen Feder stammen.

Die Ökonomie hinter dem Anruf

Die wesentlichste Erkenntnis aus beiden Fällen liegt in der organisierten Arbeitsteilung hinter den Taten. Die Stimme am Telefon ist lediglich das sichtbare Gesicht; Telekommunikationsdienste, Kundendaten und Zahlungskanäle halten die Maschinerie im Hintergrund am Laufen. Besonders aufschlussreich ist der im zweiten Fall beschriebene Handel mit Anrufen: Der Zugang zu einem potenziellen Betrugsopfer avanciert hier zur Ware mit messbarem Marktwert.

Prävention greift daher zu kurz, wenn sie sich in Ratschlägen wie „Vertrauen Sie keinen unbekannten Nummern“ erschöpft. Individuelle Wachsamkeit bleibt unerlässlich, doch ebenso entscheidend ist das Verhalten jener Dienstleister, bei denen Beschwerden auflaufen und die verdächtige Aktivitäten erkennen können. Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen der schlichten Unkenntnis über den Missbrauch eines regulären Dienstes und der wissentlichen Beihilfe zur Fortführung krimineller Machenschaften.

Diese beiden Fälle rechtfertigen keine Verallgemeinerungen über ein ganzes Land oder die Callcenter-Branche. Sie führen jedoch zu einem eindeutigen Schluss: Betrug funktioniert, indem er sich den Anschein vertrauenswürdiger Institutionen und Fachkenntnisse leiht. Um dieses Vertrauen zu schützen, reicht es nicht aus, bloß an die Vorsicht der Opfer zu appellieren – es müssen auch die kommerziellen Verflechtungen aufgedeckt werden, über die dieses Vertrauen monetarisiert wird.